



Mehr Leiharbeiter und Fremdvergaben

Wo sind wir denn hier? Daimler will mehr Autos bauen, also mehr Profit machen und muss dafür in Halle 93 und 1 auf drei Schichten gehen und wir, die Belegschaft sollen dafür Zugeständnisse machen! Die Werkleitung hatte dem Betriebsrat eine Liste von Forderungen vorgelegt, denen der Betriebsrat zustimmen soll, damit wir rund um die Uhr arbeiten „dürfen“. Die Forderungen der Werkleitung waren u.a. Erhöhung der Leiharbeit um weitere 200 über die 8%, auf dann ca. 1150 Leiharbeiter, Betriebsversammlung in der Freizeit (für Früh- und Spätschicht nur eine Versammlung) und Zustimmung des Betriebsrates zu weiteren Fremdvergaben.

Im Gegenzug droht die Werkleitung damit, die Autos nicht oder teilweise woanders zu bauen, sprich auf Profit zu verzichten. Da kriegen wir aber Angst. Das Drohszenario der Werkleitung sieht etwa so aus: Die dritte Schicht in Halle 93 wird nur temporär bis KW 48 aufgebaut, dadurch soll es zu 500-1000 Querversetzungen kommen, die Stückzahl wird reduziert. In 2017 werden dann ca. 20.000 Fahrzeuge nach Finnland verlagert und in Halle 9 fällt die Samstagarbeit weg, dafür gehen die Kollegen aus dem Pool nach Halle 93, ein Teil der Leiharbeiter wird abgemeldet und die 8% Quote wieder eingehalten.

Haben wir schon den 1. April? Eine Werkleitung, ein Vorstand, der keinen Profit machen will, obwohl er angeblich 406.000 Autos verkaufen kann! Für wie dumm hält uns diese Werkleitung eigentlich, dass wir auf diese Lachnummer hereinfliegen? Ein Herr Theurer, ein Herr Niederhausen müssen doch um ihre Jahresprämie bangen, sollte es zu diesen Stückzahlabmeldungen kommen. Und ein Herr Zetsche wird sich doch sein Salär von 10 Millionen Euro für 2016 nicht nehmen lassen und dieser Finte nicht seinen Segen geben.

Der Betriebsrat forderte die Wandlungen von 278 Leiharbeitern, die länger als ein ½ Jahr hier im Werk arbeiten. Weiterhin mehr Personal für den erhöhten Krankenstand, Ausgleich der Fluktuation (ATZ usw.), so wie keine Fremdvergabe von Dachfertigung und Karossen-Transport bis 31.12.17

Allerdings hat er im Gegenzug eine Erhöhung der Leiharbeiter um weitere 50 über die 8% angeboten. Und

das explizite Ausklammern der Anbauteile vom R172 bei der Forderung „keine Fremdvergabe“, muss beim Arbeitgeber, wie eine stillschweigende Zustimmung ankommen. Aktuell ist der Verhandlungsstand folgender: Die Werkleitung erklärt sich bereit 250 Leiharbeiter fest einzustellen, dafür soll die 8%-Quote allerdings noch mal um weitere 200 Leiharbeiter überschritten werden (zusätzlich zu den 300 im Eckpunktepapier vereinbarten). Außerdem soll die Personallücke durch weitere 200 Studenten (Vertragsart ANÜ) und Delegierungen aus anderen Werken und Niederlassungen abdeckt werden. Die Fremdvergabe der Dachfertigung in Halle 220 und der

Karosseriefahrer Halle 1-7/8 soll bis zum 31.12.17 auf Eis gelegt werden, es sei denn die Rahmenbedingungen ändern sich (!). Eine makabre Gnadenfrist für die vielen schwerbehinderten und eingeschränkten Kollegen in diesen Bereichen. Keine Antwort was danach mit Ihnen geschieht! Als Bonbon wird der Krankenfehlstand in der Arbeitskräfterechnung im Jahresdurchschnitt von 4,5% auf 5,5% bis 31.12.17 angehoben. Weiterhin soll der Bereich Anbauteile des R172 in Halle 7 fremdvergeben werden.

Auf diese unverschämten Forderungen können wir nur eine Antwort geben: Zu diesen Bedingungen ist die Belegschaft

nicht bereit, die dritte Schicht in Halle 93 aufzubauen. Ohne Not wird hier über unsere Köpfe hinweg über die Ausweitung prekärer Beschäftigung im Werk verhandelt. Wir fordern die Rücknahme dieser angekündigten Zugeständnisse und eine Abstimmung der Vertrauensleute, bevor etwas beschlossen wird. Wir erwarten von unserer IG Metall eine klare Ansage gegen diese Ausweitung der Leiharbeit und Fremdvergabe und praktische Schritte dagegen.

Unsere Forderungen müssen sein:

- **Keine weitere Erhöhung der Leiharbeiterquote, sondern Festeinstellung von allen Leiharbeitern!**
- **Keine weiteren Fremdvergaben, nicht im Rohbau, nicht in der Halle 220, nicht bei den Karossen-Fahrern und auch sonst nirgendwo!**
- **Es bleibt dabei: Leiharbeit und Fremdvergabe gehören verboten!**



Die Werkleitung hat gesagt, für sie sind die Leiharbeiter die Währung in diesen Verhandlungen. Für uns sind die Leiharbeitskollegen Menschen. Sie müssen fest eingestellt werden und die Leiharbeit gehört verboten.

Erst kommt der Profit, dann das Fressen - Fast zeitgleich kommen zwei Meldungen auf den Tisch:

1. Daimler will jährlich **rund 11 Mio. €** an der Verpflegung seiner „lieben Mitarbeiter“ einsparen. Das bedeutet nicht nur höhere Preise und noch schlechtere Qualität, sondern Schließungen von Läden und Benzerien, in Bremen z.B. in den Hallen 2 und 9, sowie in 3, 7 (mittags) und 8 (nachts). Was wiederum Hunderte von Arbeitsplätzen im Konzern kosten wird. In Bremen bangen die Kolleginnen und Kollegen von Kruschina um ihren Job.

2. Das bescheidene Gehalt für Herrn Zetsche wurde für 2015 auf **runde 10 Mio. €** berechnet. 10 Mio. € – die kann der gar nicht verfressen. Die könnten aber Hunderten ihren Job sichern und Tausenden von Kollegen weiterhin das Mindeste an ordentlicher Verpflegung garantieren. Aber wie gesagt, erst kommt der Profit, dann das Fressen. Da ist das Duschgeld nicht mehr weit, wenn wir uns nicht wehren. „Ohne Mampf keine Stückzahl“ - das ist unsere Antwort.

Beim Hungern und beim Essen, nie vergessen, die Solidarität Von den Hartz-Gesetzen zu den Asyl-Paketen

Vor über 10 Jahren wurden innerhalb kürzester Zeit im Bundestag die Hartz-Gesetze durchgepeitscht. Allen Gegnern dieser Gesetze wurde innerhalb der Gewerkschaften vorgeworfen sie seien „ewig Gestrige“. Lautete doch der offizielle Titel des Hartz-Programms auch „*Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt*“. Und modern zu sein ist unserer Gewerkschaftsspitze ja wichtig. Dass mit diesen Gesetzen einige Grundrechte, wie die Unverletzlichkeit der Wohnung und die freie Wahl des Arbeitsplatzes aufgehoben wurden, dafür eine Residenzpflicht für Hartz IV-Empfänger eingeführt wurde, interessierte da wenig. Es traf ja „nur“ die Arbeitslosen.

Damit wurde der Verarmung und Entrechtung großer Teile der Bevölkerung Tür und Tor geöffnet, das betrifft insbesondere die Leiharbeit. Die Zahl der Leiharbeiter stieg rasant an auf heute ca. 1 Million, die man nach Bedarf heuert und feuert, wie in der Krise 2008 oder jüngst bei VW ja auch geschehen.

So wird unsere Konkurrenz untereinander ordentlich angefacht. Festangestellter gegen Leiharbeiter. Leiharbeiter gegen Werkvertrager. Jeder gegen Jeden. Alles damit wir nur nicht gemeinsam gegen die Maßnahmen von Regierung und Kapital vorgehen.

Und nun werden noch neue Konkurrenten in Stellung gebracht: Die Flüchtlinge. Da überlegt man z. B. sehr laut, ob für sie der Mindestlohn gelten soll. Das Asylrecht wird weitgehend aufgehoben. In vielen Ländern in Europa werden wieder Mauern errichtet.

In Bayern hat die CSU jetzt einen Entwurf für ein „*Bayrisches Integrationsgesetz*“ (alle Zitate aus: Bayrisches Integrationsgesetz, Fassung des Ministerrats) vorgelegt das als neues Rassegesetz bezeichnet werden muss. Es gilt nämlich auch für alle „*Migrantinnen und Migranten*“ - auch wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben, aber außerhalb der Grenzen der BRD geboren worden sind, oder „*zumindest einen Eltern- oder Großelternanteil haben, der die Bedingungen der Nr. 1 erfüllt*“. (Nr.1 sind alle Ausländer, also ohne deutschen Pass) Der Vierteljude lässt grüßen. Alle sollen für nicht strafrechtlich verfolgbare Handlungen neuen Bußgeldbestimmungen mit Bußgeldern bis zu 50.000 Euro unterworfen werden. Weil sie z.B. nicht genügend „*Achtung der Rechts- und Werteordnung*“ aufweisen oder weil sie sich des „*Unterlaufen der verfassungsmäßigen Ordnung*“ schuldig gemacht haben. Wörtlich wird auf die „*Leitkultur*“ Bezug genommen: „*Diese identitätsbildende Prägung unseres Landes (Leitkultur) im Rahmen der*

verfassungsmäßigen Ordnung zu wahren und zu schützen ist Zweck des Gesetzes“.

An den Schwächsten der Gesellschaft wird vorexerziert, was bald darauf für alle gelten soll. So wie man bei den Hartz-Gesetzen vorgaukelte, das sei etwas für Arbeitslose, erweckt man heute den Schein, Asylpakete und Integrationsgesetze seien etwas für Flüchtlinge. Behandelt sie wie Menschen dritter Klasse, lässt sie in Zeltlagern dahin vegetieren statt leerstehenden Wohnraum für sie zu beschlagnahmen (in Bremen ist dafür sogar ein Gesetz erlassen worden, das die Beschlagnahme von leerstehendem Wohnraum größer als 300 Quadratmeter ermöglicht, aber bis heute nicht angewendet wird).

Unsere letzten Streiks gegen Fremdvergabe und Leiharbeit haben gezeigt, wie man dem Schwächeren, dem Leiharbeiter und Werkvertragsarbeitern, zu Hilfe kommen kann. Wenn wir uns aber spalten lassen, auf die Hetze von CSU, AfD und Co. hereinfließen, sind wir den Kapitalisten und ihrer Regierung wehrlos ausgeliefert. Als Arbeiter werden wir nur dann gewinnen, wenn wir gegen Kapital und Regierung zusammenhalten.

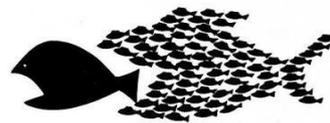
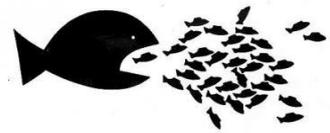
Wir fordern deswegen:

**Anspruch für alle auf Arbeit
Dafür Verkürzung der
Arbeitszeit für alle
Statt Arbeitsverbot**

**Anspruch aller auf
Wohnraum**

**Dafür sofort 1 Million
staatliche Wohnungen
Statt Lager**

**Kostenlose staatliche
Gesundheitsversorgung
Verstaatlichung der Banken**



Geld ist genug da. Die Banken schwimmen förmlich in Geld. In der Produktion kann es nicht mehr angelegt werden, da zuviel produziert wird, wie z.B. bei Arcelor, die in der Krise stecken, da es weltweit zu viel Stahl gibt.

Bisher parkten die Banken ihr überschüssiges Geld bei der Europäischen Zentralbank (EZB) und kassierten dafür noch Zinsen. Damit ist es vorbei. Jetzt müssen sie dafür eine Gebühr bezahlen, wenn sie Geld bei der EZB parken. Also:

**Geld ist Genug da!
Die Reichen sollen zahlen.**

Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen

Kontakt: Jochen Kohrt, H3 (Tel. 90442) / Herbert Mogck, H4/6 (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H8 (Tel. 3804) / Uwe Müller, H9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H7 (Tel. 6679) und viele andere (März 16)

Mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de
Spenden an: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, KTN.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt

Nicht Hölle, sondern Himmel 9

Daimler hat sich im Rahmen des Prozesses gegen die Abmahnungen der DNS-Kollegen zu den Bedingungen in der Montage eingelassen. Wir finden jetzt müssen diesen Worten Taten folgen!

„In der Montage gibt es pro Gruppe sowohl einen sog. „Ablöser“, als auch einen „Unterstützer“, der als Springer eingesetzt wird, wenn die Gruppenmitglieder abgelöst (Toilettengänge, Rauchen etc.) werden müssen/wollen. Es sind also zwei Mitarbeiter pro Gruppe als sog. „Ablöser“ vorhanden und nicht, wie die Kläger behaupten, lediglich einer.“

Anm.: Macht bei 3 Gruppen pro Meisterei 3 Ablöser und 3 Unterstützer, also 6, die für's Ablösen da sind.